

**Antragsbuch mit den Kommentierungen  
der Antragskommission für die  
Kreisdelegiertenversammlung der  
SPD Tempelhof-Schöneberg am 16.11.2024**

# Inhaltsverzeichnis

## **B Bezirksbezogene Anträge** **1**

<b>1/11/2024</b>	<b>AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg</b>	
1/11/2024 Eine „Plauderbank“ für Tempelhof Schöneberg		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>1</b>
<b>2/11/2024</b>	<b>Jusos Tempelberg</b>	
2/11/2024 Benedikt-Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-Straße - Ehrung für zwei von den Nazis verfolgte Schöneberger*innen		
<i>Votum folgt am 16.11.2024</i> . . . . .		<b>3</b>

## **L Anträge an den Landesparteitag** **6**

<b>1/11/2024</b>	<b>AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg</b>	
1/11/2024 Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>6</b>
<b>2/11/2024</b>	<b>Abt. 7 - Schöneberg</b>	
2/11/2024 Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Beschlagnahme von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>8</b>
<b>3/11/2024</b>	<b>Abt. 6 - Schöneberg-City</b>	
3/11/2024 Beginn von Wahlkampfplakatierungen tagsüber statt nachts		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>10</b>
<b>4/11/2024</b>	<b>Abt. 1 - Tempelhof</b>	
4/11/2024 Arbeitsmigration erleichtern!		
<i>Votum folgt am 16.11.2024</i> . . . . .		<b>12</b>
<b>5/11/2024</b>	<b>Abt. 1 - Tempelhof</b>	
5/11/2024 Finanzierung des Neubaus des Polizeiabschnittes 44 unverzüglich sicherstellen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>14</b>
<b>6/11/2024</b>	<b>Abt. 1 - Tempelhof</b>	
6/11/2024 Energiearmut bekämpfen - Stromspar-Check ausbauen und Stromfresser austauschen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>16</b>

## B Bezirksbezogene Anträge

Antrag 1/II/2024

AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Eine „Plauderbank“ für Tempelhof Schöneberg

1 Die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenver-  
2 sammlung Tempelhof-Schöneberg wird auf-  
3 gefordert sich dafür einzusetzen, dass eine  
4 sogenannte „Plauderbank“ im Bezirk z.B. im  
5 Bosepark aufgestellt wird. Diese Bank soll ein  
6 offener Treffpunkt für Menschen sein, die sich  
7 ein Gespräch wünschen oder bereit sind, mit  
8 anderen ins Gespräch zu kommen.

9

10 Die „Plauderbank“ soll ein Beitrag gegen Ein-  
11 samkeit und Isolation in unserem Bezirk sein,  
12 indem sie eine einfache Möglichkeit bietet,  
13 soziale Kontakte zu knüpfen und Gespräche  
14 zu führen. Sie richtet sich an alle Menschen,  
15 unabhängig von Alter, Geschlecht oder Her-  
16 kunft, die den Wunsch haben, sich mit ande-  
17 ren auszutauschen.

18

19 Die zuständige Bezirksverwaltung wird auf-  
20 gefordert die Plauderbank in geeigneten Me-  
21 dien bekannt zu machen.

22

### 23 **Begründung**

24 Eine „Plauderbank“ wird folgendes zu errei-  
25 chen helfen:

26 Förderung sozialer Interaktionen: die Bank  
27 bietet einen niederschweligen, offenen Treff-  
28 punkt für alle, die ein Gespräch suchen.

29 Bekämpfung von Einsamkeit: Insbesondere  
30 ältere Menschen oder Personen, die sich in  
31 ihrer Umgebung isoliert fühlen, können hier  
32 auf einfache Weise in Kontakt mit anderen  
33 kommen.

34 Stärkung der Gemeinschaft: die Bank schafft  
35 einen Raum für Begegnungen und Gesprä-  
36 che und kann so zur Förderung des Gemein-  
37 schaftsgefühls im Bezirk beitragen.

38 Einfach umsetzbar: Die Umsetzung erfordert  
39 lediglich die Bereitstellung einer Bank sowie  
40 die Anbringung eines Schildes mit der Auf-  
41 schrift „Plauderbank“ und einer kurzen Erklä-

42 rung.

43

44 Wir schlagen vor, die Bank an einem gut fre-  
45 quantierten Ort z.B. im Bosepark aufzustel-  
46 len, der Platz sollte gut sichtbar und leicht  
47 zugänglich sein, eventuell an einem Spazier-  
48 weg.

**Antrag 2/II/2024****Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum folgt am 16.11.2024****Benedikt-Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-Straße - Ehrung für zwei von den Nazis verfolgte Schöneberger\*innen**

1 Straßennamen dienen in unserer Gesell-  
2 schaft in zweierlei Hinsicht als Wegweiser:  
3 Zum einen helfen sie uns bei der geogra-  
4 phischen Orientierung, zum anderen bei  
5 der Orientierung in unserer Geschichte.  
6 Straßen und Plätze werden explizit nach  
7 bedeutenden Orten und Personen der Ver-  
8 gangenheit benannt, um sie zu ehren. In  
9 diesem Sinne sind Straßennamen Erinne-  
10 rungsorte im öffentlichen Raum. Sie dienen  
11 der Sichtbarmachung und besonderen  
12 Hervorhebung vergangener Ereignisse und  
13 Menschen im kollektiven Gedächtnis, das wir  
14 als Gesellschaft teilen.

15

16 In Schöneberg erfahren eine solche Ehrung  
17 die Augsburger Handelsfamilien Fugger und  
18 Welser mit der Fugger- bzw. Welserstraße. Ab  
19 dem 14. Jahrhundert stiegen die beiden Han-  
20 delshäuser, mittels Ausbeutung natürlicher  
21 Ressourcen und menschlicher Arbeit, zu zwei  
22 der wohl einflussreichsten Handelsfamilien  
23 Europas auf. Heute sind ihnen in Deutschland  
24 insgesamt 22 Straßen gewidmet, was die Er-  
25 innerung an sie am Leben hält und sie als ehr-  
26 würdige und verdienstvolle Familien sichtbar  
27 macht. Was dabei nicht zu sehen ist, sind  
28 die kolonialen Verstrickungen beider Famili-  
29 en. Ab dem 16. Jahrhundert beteiligten sich  
30 die Fugger und Welser an den Anfängen der  
31 Kolonisierung, indem sie Expeditionen und  
32 Handelsfahrten finanzierten. So etablierten  
33 sie jeweils gewinnreiche Handelsbeziehun-  
34 gen zu europäischen Kolonialmächten, wie  
35 Spanien und Portugal, und wurden zu wich-  
36 tigen Handelspartner\*innen: Die Fugger vor  
37 allem für den Import von Edelmetallen, Per-  
38 len, Gewürzen und Juwelen und die Welser  
39 im Gewürz- sowie Zuckerhandel. Neben ihrer  
40 Bereicherung am Kolonialhandel waren bei-

41 de Familien auch ganz konkret an der Aus-  
42 beutung von Menschen aus kolonialisierten  
43 Gebieten beteiligt. Beispielsweise wurden in  
44 von den Fuggern finanzierten spanischen Erz-  
45 bergwerken Zwangsarbeiter\*innen aus kolo-  
46 nialisierten Gebieten eingesetzt und auch die  
47 Welser zwangen verschleppte und versklavte  
48 Menschen auf Zuckerrohrplantagen für sich  
49 zu arbeiten. Darüber hinaus waren die Wel-  
50 ser ab den 1520er Jahren als Hauptakteure  
51 an der Kolonialisierung Venezuelas beteiligt.  
52 Zunächst durch eine umfängliche Finanzia-  
53 rung des Vorhabens und später durch die ak-  
54 tive Verschleppung und den Verkauf tausend-  
55 er versklavter Personen. Sie profitierten von  
56 Venezuela als Handelsstützpunkt und berei-  
57 cherten sich an der Ausbeutung von Natur  
58 und Menschen vor Ort.

59

60 Vor diesem Hintergrund ist es untragbar, die  
61 beiden Familien, die durch die Ausbeutung  
62 versklavter Menschen und natürlicher Res-  
63 sourcen zu enormem Reichtum und Einfluss  
64 gekommen sind, weiterhin in unserem Stadt-  
65 bild zu ehren.

66

67 Wer sich wesentlich besser für eine solche Eh-  
68 rung eignet, sind Benedikt Gambé und Char-  
69 lotte Rettig. Die beiden Schöneberger Künst-  
70 ler\*innen lebten in der heutigen Fuggerstra-  
71 ße 20 und waren Opfer der tödlichen Ras-  
72 senpolitik der Nazis. Gambé war als Schlag-  
73 zeuger im Kunst- und Kulturbetrieb des Wei-  
74 marer Berlins fest verankert und trat bei-  
75 spielsweise unter dem Künstlernamen James  
76 Dixon in Bars und Clubs auf. Rettig war ei-  
77 nige Jahre jünger als Gambé und durfte be-  
78 reits keine Berufsausbildung mehr beginnen.  
79 Denn mit der Machtübertragung an die Nazis  
80 und Durchsetzung der rassenideologisch be-  
81 gründeten Verfolgung Schwarzer Menschen,  
82 wurde beiden ein Berufsverbot erteilt. So  
83 waren sie gezwungen sich in der rassisti-  
84 schen „Deutschen Afrika-Schau“ in stereo-  
85 typisierenden Rollen darzustellen. Während  
86 dies den beiden Künstler\*innen kurzzeitig das  
87 Überleben ermöglichte, diente es den Nazis  
88 zur Verbildlichung und Verbreitung ihrer Ko-  
89 lonialpropaganda. In den 1940er Jahren starb

90 Benedikt Gambé unter ungeklärten Umstän-  
91 den in den sogenannte Wahrendorffschen  
92 Kliniken in Niedersachsen. Charlotte Rettig  
93 floh nach Kopenhagen und überlebte dort.  
94 Seit August 2023 erinnern zwei Stolpersteine  
95 in der Fuggerstraße 20 an die beiden Schöne-  
96 berger\*innen.

97

98 Mit der Umbenennung der Fuggerstraße und  
99 der Welslerstraße in Benedikt-Gambé-Straße  
100 und Charlotte-Rettig-Straße wird ein ehren-  
101 werter Teil Schöneberger Geschichte sicht-  
102 bar gemacht. Insbesondere die Erinnerung an  
103 Schwarze Opfer der Nazis ist bislang kaum  
104 in Deutschland etabliert, wobei der Umbe-  
105 nennungsprozess die Chance breiter gesell-  
106 schaftlicher Aufklärung über diesen Teil deut-  
107 scher Gewaltgeschichte birgt. Diese Aufklä-  
108 rung müsste Informationen über die deut-  
109 sche Beteiligung am globalen Kolonialismus,  
110 die nationalsozialistische Rassenpolitik und  
111 ihre Folgen insbesondere für Schwarze Men-  
112 schen sowie Kontinuitäten dieser Geschich-  
113 te bis in die Gegenwart beinhalten. Außer-  
114 dem sollte die Anwohner\*innenschaft in den  
115 Prozess involviert und für die Bedeutung von  
116 Straßennamen sensibilisiert werden.

117

118 Deshalb fordern wir:

- 119 • die Umbenennung der Fuggerstraße  
120 und der Welslerstraße in Benedikt-  
121 Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-  
122 Straße.
- 123 • die Begleitung des Umbenennungspro-  
124 zesses mit einem umfangreichen Bil-  
125 dungsprogramm.

## L Anträge an den Landesparteitag

Antrag 1/II/2024

AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)

### Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-  
2 dert, sich dafür einzusetzen, dass alle Neu-  
3 bezieherinnen und -bezieher von Rentenlei-  
4 stungen über die Anspruchsvoraussetzungen  
5 zum Bezug von Wohngeld, Bürgergeld und  
6 Sozialhilfe informiert werden.

7

8 Hierzu gehören insbesondere die Information  
9 über die Einkommensvoraussetzungen, die  
10 ggf. in Anspruch zu nehmenden Unterhalts-  
11 verpflichteten und der Einsatz eigenen Ver-  
12 mögens oder Grundbesitzes.

13

14 Die Information soll gleichzeitig mit dem  
15 Rentenbescheid, in einem gesonderten  
16 Schreiben, erfolgen und in leichter Sprache  
17 verfasst sein.

18

#### 19 Begründung

20 Im Armutsbericht des Paritätischen Wohl-  
21 fahrtsverbandes vom März 2024 wird von  
22 18,1% Rentnerinnen und Rentnern die in Ar-  
23 mut leben gesprochen. Besonders auffällig ist  
24 hierbei, dass die Quote bei Männern bei 15,1  
25 und bei Frauen bei 19,4 liegt. Gleichzeitig ist  
26 bemerkenswert, dass Studienergebnisse na-  
27 he liegen, dass ca. 63% der Berechtigten be-  
28 wusst Leistungen nicht in Anspruch nehmen  
29 (ISG vom 29.01.2024).

30

31 Die AG60plus ist überzeugt, dass durch direk-  
32 te Ansprache und Information die drei Haupt-  
33 gründe für die Nichtinanspruchnahme, näm-  
34 lich Komplexität des Antragsprozesses, ge-  
35 ringes Anrechtsempfinden und Schamgefühl  
36 überwunden werden könnten.

37

38 Im zweiten Symposium zum siebten Armuts-  
39 und Reichtumsbericht der Bundesregierung

### Besser über Sozialleistungen informieren

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-  
dert, sich dafür einzusetzen, dass alle Neube-  
zieher\*innen von Rentenleistungen über die  
Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von  
Wohngeld und Grundsicherung im Alter in-  
formiert werden.

Hierzu gehören insbesondere die Information  
über die Einkommensvoraussetzungen, die  
ggf. in Anspruch zu nehmenden Unterhalts-  
verpflichteten und der Einsatz eigenen Ver-  
mögens und Grundbesitzes.

Die Information soll gleichzeitig mit dem  
Rentenbescheid, in einem gesonderten  
Schreiben erfolgen und in einfacher Sprache  
verfasst sein.

40 am 09.02.2024 wurde durch das RWI-  
41 Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung  
42 ausgeführt, dass in vielen Ländern versucht  
43 wird durch zahlreiche Maßnahmen die Nicht-  
44 inanspruchnahme von Mindestsicherungs-  
45 leistungen zu reduzieren. „Erste Ergebnisse  
46 deuten darauf hin, dass die Komplexität  
47 des Antragsprozesses einerseits sowie ein  
48 geringes Anrechtsempfinden andererseits  
49 Hauptgründe für die Nichtinanspruchnahme  
50 seien.“ Neben einigen anderen Maßnahmen  
51 werden „Informationsinterventionen“ und  
52 „proaktive Ansprache“ empfohlen.

53

54 Genau diese proaktive Ansprache kann mit  
55 einem entsprechenden separaten Schreiben  
56 zum Rentenbescheid zumindest begonnen  
57 werden.

**Antrag 2/II/2024****Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Beschlagnahme von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion  
 2 und die sozialdemokratischen Mitglieder  
 3 der Bundesregierung werden aufgefordert  
 4 zu prüfen, ob und wie Kraftfahrzeuge und  
 5 insbesondere Mietfahrzeuge bei illegalen  
 6 Autorennen weitergehend beschlagnahmt  
 7 werden können.

8

**9 Begründung**

10 Deutschland verzeichnet einen starken An-  
 11 stieg illegaler Autorennen: Zwischen 2022  
 12 und 2023 stiegen die Verdachtsfälle um 10,3 %  
 13 auf 6.187. Besonders betroffen sind Bremen  
 14 (+55,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (+36 %)  
 15 und Niedersachsen (+31,3 %). Illegale Rennen  
 16 gefährden regelmäßig Menschenleben, wie  
 17 tragische Fälle zeigen, bei denen Unbeteiligte  
 18 getötet wurden.

19

20 Trotz verstärkter Polizeikontrollen und spe-  
 21 zialisierter Einheiten reichen die aktuellen  
 22 Maßnahmen nicht aus. Die Polizei kann  
 23 bisher nur Fahrzeuge beschlagnahmen, die  
 24 dem:der Täter:in gehören. Autovermietun-  
 25 gen oder private Eigentümer:innen haben da-  
 26 her wenig Anreiz, die Nutzung ihrer Fahrzeu-  
 27 ge durch Dritte kritisch zu prüfen.

28

29 Dänemark hat 2021 ein Gesetz eingeführt,  
 30 das die Beschlagnahme von Fahrzeugen  
 31 nach illegalen Autorennen und stark über-  
 32 höhten Geschwindigkeiten unabhängig von  
 33 den Eigentumsverhältnissen erlaubt. Nach  
 34 drei Jahren wurden fast 3.000 Fahrzeuge be-  
 35 schlagnahmt. Dies hat die Verkehrssicherheit  
 36 erhöht und zu einer Abschreckung beigetra-  
 37 gen.

38

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Einziehung von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen**

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert zu prüfen, ob und wie Kraftfahrzeuge und insbesondere Mietfahrzeuge bei illegalen Autorennen weitergehend eingezogen werden können.

39 Deutschland sollte dieses erfolgreiche Modell  
40 prüfen, um dem rücksichtslosen Verhalten im  
41 Straßenverkehr wirksamer zu begegnen. Die  
42 Straßenverkehrsregeln sollten insbesondere  
43 bei der Gefährdung anderer Verkehrsteilneh-  
44 mender konsequent durchgesetzt werden,  
45 um die Sicherheit auf unseren Straßen zu ge-  
46 währleisten und die Zahl der Opfer zu senken.

**Antrag 3/II/2024****Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Beginn von Wahlkampfplakatierungen tagsüber statt nachts**

1 Die Berliner SPD setzt sich auf allen rele-  
 2 vanten politischen Ebenen für eine Ände-  
 3 rung der gesetzlichen Vorschriften zum Be-  
 4 ginn der Plakatierung vor Wahlen ein. Der  
 5 Zeitpunkt, ab dem vor Wahlen Plakate im öf-  
 6 fentlichen Bereich aufgehangen werden dür-  
 7 fen, soll statt wie bisher um 00:00 Uhr nachts  
 8 auf eine andere Tageszeit geändert werden,  
 9 sodass die Plakatierung tagsüber bei Tages-  
 10 licht beginnt. Dieser Zeitpunkt soll berlinweit  
 11 einheitlich sein.

12

**Begründung**

14 Bisher dürfen Wahlplakate in Berlin 7 Wo-  
 15 chen vor dem Wahltag aufgehangen werden.  
 16 Diese Regelung führt dazu, dass es 7 Wo-  
 17 chen vor jeder Wahl eine berlinweite Nacht-  
 18 und-Nebel-Aktion gibt, bei der alle Parteien  
 19 um 00:00 Uhr in der Nacht von Samstag auf  
 20 Sonntag beginnen Wahlplakate im öffentli-  
 21 chen Bereich aufzuhängen. Dieser Zustand ist  
 22 so nicht länger haltbar und bedarf einer Än-  
 23 derung.

24

25 In den letzten Jahren ist es selbst für größere  
 26 SPD-Abteilungen immer schwieriger gewor-  
 27 den, ausreichend Genoss\*innen zu finden,  
 28 um eine schweißtreibende Plakatierungsak-  
 29 tion um 00:00 Uhr nachts personell stem-  
 30 men zu können. Fällt die Aktion nachts aus  
 31 und man beginnt erst am nächsten Tag mit  
 32 der Plakatierung, sind die anderen Parteien  
 33 häufig bereits zuvorgekommen und haben al-  
 34 le möglichen Standorte für Plakate bereits be-  
 35 legt.

36

37 Der weitaus wichtigere Grund für die Not-  
 38 wendigkeit und Dringlichkeit einer Änderung  
 39 der Uhrzeit für die Plakatierung ist jedoch  
 40 die **SICHERHEIT unserer Genoss\*innen**. Wir

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommis-  
 sion (Konsens)****Beginn von Wahlkampfplakatierungen tags-  
 über statt nachts**

Die Berliner SPD setzt sich auf allen rele-  
 vanten politischen Ebenen für eine Ände-  
 rung der gesetzlichen Vorschriften zum Be-  
 ginn der Plakatierung vor Wahlen ein. Der  
 Zeitpunkt, ab dem vor Wahlen Plakate im öf-  
 fentlichen Bereich aufgehangen werden dür-  
 fen, soll statt wie bisher um 00:00 Uhr nachts  
 auf eine andere Tageszeit geändert werden,  
 sodass die Plakatierung tagsüber, sonntags, 7  
Wochen vor der Wahl, bei Tageslicht beginnt.  
 Dieser Zeitpunkt soll berlinweit einheitlich  
 sein.

**Begründung:**

Bisher dürfen Wahlplakate in Berlin 7 Wo-  
 chen vor dem Wahltag aufgehangen werden.  
 Diese Regelung führt dazu, dass es 7 Wo-  
 chen vor jeder Wahl eine berlinweite Nacht-  
 und-Nebel-Aktion gibt, bei der alle Parteien  
 um 00:00 Uhr in der Nacht von Samstag auf  
 Sonntag beginnen Wahlplakate im öffentli-  
 chen Bereich aufzuhängen. Dieser Zustand ist  
 so nicht länger haltbar und bedarf einer Än-  
 derung.

Der weitaus wichtigere Grund für die Not-  
 wendigkeit und Dringlichkeit einer Änderung  
 der Uhrzeit für die Plakatierung ist jedoch  
 die Sicherheit der Plakatierenden. Wir erleben  
 seit mehreren Jahren immer häufiger, dass  
 politisch engagierte Menschen nicht nur ver-  
 bal sondern immer häufiger sogar körperlich  
 angegriffen werden. Unser Genosse Matthi-  
 as Ecke beispielsweise wurde am 03.05.2024  
 um 22:30 Uhr in Dresden beim Plakatieren  
 für den SPD-Europawahlkampf brutal zusam-  
 mengeschlagen und landete deswegen im  
 Krankenhaus. Die Schuld für diesen feigen  
 Angriff trägt selbstverständlich allein der Tä-  
 ter, der fälschlicherweise offenbar auch noch

41 erleben seit mehreren Jahren immer häufi-  
42 ger, dass politisch engagierte Menschen nicht  
43 nur verbal sondern immer häufiger sogar  
44 körperlich angegriffen werden. Unser Genos-  
45 se Matthias Ecke beispielsweise wurde am  
46 03.05.2024 um 22:30 Uhr in Dresden beim Pla-  
47 katieren für den SPD-Europawahlkampf bru-  
48 tal zusammengeschlagen und landete des-  
49 wegen im Krankenhaus. Die Schuld für diesen  
50 feigen Angriff trägt selbstverständlich allein  
51 der Täter, der fälschlicherweise offenbar auch  
52 noch angenommen hatte im Schutz der Dun-  
53 kelheit unerkannt entkommen zu können.

54

55 Damit politisches Engagement in der SPD  
56 (und auch in anderen demokratischen Partei-  
57 en) für Menschen attraktiv ist, müssen wir die  
58 Rahmenbedingungen auch entsprechend ge-  
59 gestalten. Dazu gehört auch, dass wir mit Plaka-  
60 tierungen nicht mitten in der Nacht beginnen  
61 müssen.

angenommen hatte im Schutz der Dunkel-  
heit unerkannt entkommen zu können.

Damit politisches Engagement für Menschen  
attraktiv ist, müssen wir die Rahmenbedin-  
gungen auch entsprechend gestalten. Da-  
zu gehört auch, dass wir mit Plakatierungen  
nicht mitten in der Nacht beginnen müssen.

**Antrag 4/II/2024****Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Arbeitsmigration erleichtern!**

1 Die Ampel-Koalition hat das Fachkräfteein-  
2 wanderungsgesetz mit dem Ziel reformiert,  
3 mehr Menschen aus Drittstaaten zur Aufnah-  
4 me einer Erwerbsarbeit nach Deutschland zu  
5 holen. Hintergrund der Reformbemühungen  
6 war, dass fehlende Arbeits- und Fachkräf-  
7 te die Deutsche Wirtschaft schon heute  
8 belasten und das Wirtschaftswachstum  
9 ausbremsen. Gleichzeitig ist Deutschland  
10 für Fachkräfteeinwanderung bisher nicht  
11 besonders attraktiv, was auch die Reform  
12 der Ampel-Koalition bisher nicht maßgeblich  
13 verbessert hat. Während der öffentliche  
14 Diskurs zunehmend migrationskritisch ist,  
15 sind die fehlenden Arbeitskräfte mittlerweile  
16 wohlstandsgefährdend. Der Deutsche Ar-  
17 beitsmarkt braucht nach Schätzungen des  
18 Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2021  
19 pro Jahr 400.000 Zuwanderer\*innen. Es ist  
20 daher dringend notwendig, nachzujustieren.  
21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,  
22 sich für weitere Maßnahmen einzusetzen:

23

- 24 • Das deutsche System der Chancenkarte,  
25 mit dem Inhaber\*innen ein einjäh-  
26 riger Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche  
27 gewährt wird, muss reformiert werden.  
28 Stattdessen ist nach kanadischem und  
29 australischem Beispiel die Perspektive  
30 auf einen dauerhafter Aufenthaltstitel  
31 zu gewähren.
- 32 • Der bürokratische Aufwand für die An-  
33 erkennung von Berufsabschlüssen ist  
34 weiter abzubauen. Die Anforderungen  
35 an die für das Anerkennungsverfahren  
36 bei den zuständigen Stellen einzurei-  
37 chenden Unterlagen sollten möglichst  
38 einheitlich, transparent, mehrsprachig  
39 und nach dem Prinzip gestaltet wer-  
40 den: So wenig wie möglich und nur

**Empfehlung der Antragskommission****Votum folgt am 16.11.2024**

41 so viel wie wirklich nötig. Insbesondere  
42 die Nachweispflicht einer zwei-  
43 jährigen, staatlich anerkannten Berufs-  
44 ausbildung sowie von mindestens zwei  
45 Jahren Erfahrung im angestrebten Be-  
46 ruf sollte kritisch geprüft werden.

- 47 • Die zuständigen staatlichen Stellen  
48 müssen personell besser ausgestattet  
49 werden. Die derzeit zu lange Bearbei-  
50 tungszeit für ein Arbeitsvisum schreckt  
51 viele Einwanderungswillige ab und  
52 belastet die Wirtschaft, die derzeit  
53 trotz Jobzusage auf die Arbeitskraft  
54 warten muss.

55

56 **Begründung**

57 Wird nachgereicht.

**Antrag 5/II/2024****Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Finanzierung des Neubaus des Polizeiabschnittes 44 unverzüglich sicherstellen**

1 Die Senatsverwaltung für Inneres und für  
2 Sport wird aufgefordert, gemeinsam mit der  
3 Senatsverwaltung für Finanzen die Finanzie-  
4 rung des Neubaus des Gebäudes des Polizei-  
5 abschnittes 44 in der Götzestraße unverzüg-  
6 lich sicherzustellen.

7

8 Falls als Ergebnis der laufenden Haushaltsbe-  
9 ratungen die Maßnahme in die letzten Jah-  
10 re des Finanzplans 2026 bis 2031 verschoben  
11 werden sollte, haben die zuständige Senats-  
12 verwaltung und das Berliner Immobilienma-  
13 nagement BIM sofort eine alternative Pla-  
14 nung mit dem Ziel einzuleiten, für ein Modell-  
15 projekt für nachhaltige Infrastrukturprojekte  
16 EU-Fördermittel zu erschließen.

17

**18 Begründung**

19 Die erforderlichen Mittel für die Neuerrich-  
20 tung der Polizeidienststelle sind in der  
21 Finanzplanung 2021 bis 2025 in Kapitel 1250,  
22 Titel 70512 mit Gesamtkosten in Höhe  
23 von 21,5 Mio. € ausgewiesen. Die erste Rate in  
24 Höhe von 2 Mio. € hätte schon im laufenden  
25 Jahr 2024 zur Verfügung stehen sollen, wie  
26 aus einer Antwort des Senates auf eine Abge-  
27 ordnetenanfrage vom 03.02.2022 hervorgeht  
28 (Drucksache 19/10854).

29

30 Die sofortige Realisierung des Neubaus der  
31 Polizeidienststelle ist dringlich und unab-  
32 weisbar.

33

34 1. Wegen der baulichen Mängel sind die  
35 Arbeitsbedingungen für die Polizeibe-  
36 diensteten längst unzumutbar gewor-  
37 den.

38 2. Der Abschnitt 44 ist für die Siche-  
39 rung des Polizeipräsidiums, des  
40 Landeskriminalamtes und des Terror-

41 Abwehrzentrums in der Ringbahn-  
42 straße gegen Angriffe von außen  
43 zuständig. Der unzureichende Stand  
44 der Digitalisierung des bisherigen  
45 Gebäudes stellt ein Sicherheitsrisiko  
46 bei akuten polizeilichen Lagen dar.  
47 Gleiches gilt in Bezug auf andere  
48 Standorte der Kritischen Infrastruktur  
49 im Zuständigkeitsbereich des A 44.

50 3. Ohne den Neubau des Polizeigebäudes  
51 kann die „Rochade“ der anderen neu  
52 zu errichtenden öffentlichen Einrich-  
53 tungen Schwimmbad und Bibliothek  
54 im Planungsgebiet „Neue Mitte Tem-  
55 pelhof“ nicht begonnen werden. Ohne  
56 diese Baumaßnahmen kann wiederum  
57 der Bau von 525 dringend benötigten,  
58 bezahlbaren Wohneinheiten nicht rea-  
59 lisiert werden.

60

61 Das Baurecht für die erste Baumaßnahmen  
62 liegt längst vor; der Bebauungsplan 7-82b  
63 wurde bereits am 18.07.2022 festgesetzt.

64

65 Eine Verschiebung der Maßnahme in die letz-  
66 ten Jahre des Finanzplans 2026 bis 2031 wä-  
67 re für die Polizeibediensteten des Abschnit-  
68 tes 44 und die Anwohner der Neuen Mitte  
69 Tempelhof nicht akzeptabel. Sollte dies je-  
70 doch das Ergebnis der laufenden Haushalts-  
71 verhandlungen sein, sollen die zuständige Se-  
72 natsverwaltung und das Berliner Immobilien-  
73 management sofort eine alternative Planung  
74 für den Neubau des Gebäudes einleiten in  
75 Form eines Modellprojektes für ein nachhal-  
76 tiges Infrastrukturprojekt, das die Fördervor-  
77 aussetzungen des EFRE-Programms für nach-  
78 haltige Stadtentwicklung erfüllt.

**Antrag 6/II/2024****Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteiitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Energiearmut bekämpfen - Stromspar-Check ausbauen und Stromfresser austauschen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-  
2 glieder des Abgeordnetenhaus auf, beim  
3 Senat darauf hinzuwirken, das Projekt  
4 „Stromspar-Check“ finanziell besser zu un-  
5 terstützen und auszubauen. Dabei sollen die  
6 Berliner Standorte des Stromspar-Checks  
7 finanziell und personell besser ausgestattet  
8 werden, damit mehr Energiesparberatungen  
9 durchgeführt werden können. Zudem soll  
10 geprüft werden, ob neben Kühlgeräten auch  
11 der Austausch eines weiteren energieineffi-  
12 zienten Haushaltsgerätes finanziert werden  
13 kann

14

**15 Begründung**

16 Durch die gestiegenen Energiepreise der letz-  
17 ten Jahre sind immer mehr Bürger\*innen von  
18 Energiearmut betroffen. Insbesondere Haus-  
19 halte mit wenig Einkommen, müssen sich  
20 beispielsweise beim Jahresurlaub einschrän-  
21 ken, um die gestiegenen Strom- oder Wär-  
22 merechnungen. Zu Beginn des Jahres wurden  
23 viele Mieter\*innen in Berlin von hohen Heiz-  
24 kostenabrechnungen bei Fernwärme über-  
25 rascht. Zum Teil mussten Mieter\*innen meh-  
26 rere Tausend Euro nachzahlen. Die Ausläufer  
27 der Energiepreiskrise sind daher längst nicht  
28 überwunden. Und der Preisdruck wird durch  
29 die notwendige Dekarbonisierung des Ener-  
30 giesystems in den nächsten Jahren weiter zu-  
31 nehmen. Daher ist es umso wichtiger, dass  
32 die Energieeffizienz von Haushalten verbes-  
33 sert wird. Da Mieter\*innen keinen Einfluss  
34 auf große Energiesparmaßnahmen wie Sa-  
35 nierungen und Heizungswechsel haben, hilft  
36 meist nur der Austausch von energiefres-  
37 senden Geräten im Haushalt. Der Austausch  
38 von alten Glühlampen, Duschköpfen, Wasser-  
39 hähnen, alten Kühlgeräten oder Waschma-  
40 schinen und Wäschetrockner kann mehrere

41 Hundert Euro im Jahr an Strom und Wär-  
42 me einsparen. Durch effiziente Geräte sind  
43 Haushalte zudem besser vor weiteren Ener-  
44 giepreisanstiegen gewappnet. Vielen Haus-  
45 halten mit wenig Einkommen, im Bürger-  
46 geld oder in Rente fehlt es jedoch an den fi-  
47 nanziellen Rücklagen, sich die effizientesten  
48 und dadurch teuersten Geräte zu leisten. Ist  
49 beispielsweise der Kühlschrank kaputt, wird  
50 eher zu einem alten, gebrauchten und strom-  
51 fressendem Kühlschrank gegriffen, da dieser  
52 in der Anschaffung am günstigsten ist. Haus-  
53 halte mit einem auskömmlichen Einkommen  
54 haben diese Schwierigkeiten nicht. Eine sozi-  
55 aldemokratische Klimapolitik muss diese Un-  
56 gleichheiten auflösen.

57

58 Ein Projekt, welches seit 15 Jahren Haushal-  
59 ten mit wenig Einkommen beim Energiespa-  
60 ren unterstützt, ist der Stromspar-Check. Der  
61 Stromspar-Check ist ein gemeinsames Ange-  
62 bot des Deutschen Caritasverbandes e.V. und  
63 des Bundesverbandes der Energie- und Kli-  
64 maschutzagenturen Deutschlands (eaD) e.V..  
65 Im Rahmen des Stromspar-Checks erhalten  
66 Haushalte mit wenig Einkommen eine ziel-  
67 gerichtete Energiesparberatung durch qua-  
68 lifizierte Energiesparberater\*innen. Die En-  
69 ergiesparberater\*innen sind dabei ehemali-  
70 ge Langzeitarbeitslose, welche eine Beschäf-  
71 tigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhal-  
72 ten. Bei den Beratungen verteilen die Ener-  
73 giesparhelfer\*innen Sofortmaßnahmen wie  
74 LED-Leuchten, Duschsparköpfe oder digita-  
75 le Thermostate. Zusätzlich können Haushal-  
76 te einen Gutschein zum Austausch eines in-  
77 effizienten Kühlgerätes bekommen. Je nach  
78 Haushaltsgröße zwischen 100 und 200 Euro.  
79 Das Land Berlin verdoppelt diesen Gutschein  
80 aus Landesmitteln.

81

82 In Berlin gibt es derzeit 10 Standorte und  
83 30 Energiesparhelfer\*innen. Durch die Ener-  
84 giepreiskrise ist der Beratungsbedarf jedoch  
85 stark angestiegen. Daher können in Berlin  
86 nicht mehr allen betroffenen Haushalten ei-  
87 ne Beratung angeboten werden. Auch wurde  
88 die Beschäftigtenförderung auf Bundesebe-  
89 ne gekürzt, sodass weniger Langzeitarbeits-

90 lose zur Ausbildung und Übernahme an den  
91 Stromspar-Check vermittelt werden. Der Ber-  
92 liner Senat soll sich daher dafür einsetzen,  
93 dass verstärkt Langzeitarbeitslose eine feste  
94 Anstellung im Berliner Stromspar-Check er-  
95 halten können. Entsprechende Stellen sind fi-  
96 nanziell zu fördern.

97

98 Es ist zwar zu begrüßen, dass Berlin den Aus-  
99 tausch eines Kühlgerätes subventioniert, ein  
100 Austausch von anderen Geräten ist jedoch  
101 nicht möglich. Die Realität in den Haushal-  
102 ten ist heterogen. So haben einige Haushal-  
103 te bereits einen effizienten Kühlschrank, aber  
104 noch eine alte stromfressende Waschmaschi-  
105 ne oder einen Wäschetrockner. Daher sollte  
106 der Berliner Zuschuss zum Kühlgerätetausch  
107 flexibilisiert werden und ebenso den Tausch  
108 von anderen Geräten ermöglichen. Wo es kei-  
109 ne Bundesförderung gibt, sollte die Landes-  
110 förderung entsprechend höher ausfallen.